

C.10 Standplätze für Fahrende

Staatsratsentscheid:
Genehmigung durch den Bund:

Interaktion mit anderen Blättern: **C.8, C.9, D.4**

Raumentwicklungsstrategie

3.1 : Die Funktionsfähigkeit und den Bevölkerungsbestand in den Dörfern und Gemeinden erhalten

3.7 : Die Siedlung und den Verkehr aufeinander abstimmen

Instanzen

Zuständig: DRE

Beteiligte:

- Bund: ARE, BAK, „Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende“
- Kanton: DIHA, DSVF, DUS, DZSM, KP
- Gemeinde(n): Gemeinden der Rhonetalebene
- Weitere: Kanton Waadt, Vereinigungen von Fahrenden

Ausgangslage

Die Plätze für Fahrende werden in Stand- und Durchgangsplätze unterteilt. Die Standplätze dienen als feste Wohnorte, vor allem während der Wintermonate. Die Fahrenden mieten in den Gemeinden, in denen diese Plätze liegen, einen Jahresplatz, werden bei den lokalen Behörden registriert, sind steuerpflichtig und ihre Kinder besuchen die öffentliche Schule. Die Durchgangsplätze ihrerseits werden für kurzzeitige Aufenthalte (maximal 3 Wochen) während der Monate in denen die Fahrenden unterwegs sind (d.h. zwischen März und Oktober), genutzt. Sie müssen mit den für den Alltag notwendigen Infrastrukturen ausgestattet sein.

Um ihrer traditionellen Lebensweise nachgehen zu können, bei der die Fahrenden eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausüben und Dienstleistungen anbieten, brauchen sie Stand- und Durchgangsplätze, die für sie reserviert sind und die gleichmässig über die gesamte Schweiz verteilt sind. Gegenwärtig hat diese Bevölkerungsgruppe bei ihrer Durchreise durch die Schweiz teils Mühe, geeignete Plätze zu finden. Zu diesen Schwierigkeiten kommen teilweise Konflikte mit den lokalen Behörden und Probleme beim Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung hinzu, vor allem wenn sich die Fahrenden in grossen Konvois verschieben.

Gemäss Artikel 3 Raumplanungsgesetz (RPG) sind die Wohngebiete und die Gebiete für wirtschaftliche Aktivitäten nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten. Die spezifischen Bedürfnisse der Schweizer Fahrenden – eine nationale kulturelle Minderheit – gehören auch dazu. 2003 hat das Bundesgericht bestätigt (BGE 129 II 321), dass die traditionelle Lebensweise der Fahrenden verfassungsrechtlichen und internationalrechtlichen Schutz geniesse und dass ihre Bedürfnisse im Rahmen der Regelungen der Raumplanung zu berücksichtigen seien. Der Bund, die Kantone und die Gemeinden müssen weiterhin für die Planung der fehlenden Stand- und Durchgangsplätze zusammenarbeiten.

In ihrem Bericht 2010 erinnert die vom Bund gegründete und unterstützte „Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende“ daran, dass es im Wallis nicht genügend Stand- und Durchgangsplätze gibt. Um den Bedarf der Fahrenden zu decken, sind ein Standplatz (Region Mittelwallis, mit einer Kapazität von rund 10 Stellplätzen) und zwei Durchgangsplätze (einer im Ober- und einer im Mittelwallis mit einer Kapazität von je 10 Stellplätzen) erforderlich (siehe Anhang). Der 1998 in Betrieb genommene Durchgangsplatz in Martinach (40 Stellplätze) entspricht nicht mehr gewissen Qualitätskriterien der Stiftung (Erweiterung der Infrastruktur, raumplanerische Sicherheit).

Die vom Kanton Wallis mit den betroffenen Gemeindebehörden bislang geführten Verhandlungen zum Finden der fehlenden Stand- und Durchgangsplätze haben bislang zu keinem Ergebnis geführt. Dennoch ist es wichtig, dass die Fahrenden über ein Netz von Standplätzen verfügen, mit dem sie ihre Lebensweise in unserem Kanton optimal führen können.

C.10 Standplätze für Fahrende

Koordination

Grundsätze

1. Inbetriebnehmen der fehlenden Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende (ein Standplatz mit rund 10 Stellplätzen im Mittelwallis, zwei Durchgangsplätze mit je mindestens 10 Stellplätzen im Mittel- und Oberwallis) an geeigneten Standorten in der Rhonetalebene, Aufwerten des Durchgangsplatzes in Martinach und Gewährleisten des Fortbestands dieser Plätze.
2. Fördern der multifunktionalen Nutzung der Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende.
3. Erstellen eines Betriebsreglements zwischen dem Kanton und den betroffenen Gemeinden, um eine optimale Verwaltung der Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende zu gewährleisten.
4. Fördern des Kontakts zwischen den Fahrenden einerseits und den Eigentümern oder Bewirtschaftern privater Grundstücke andererseits bei spontanen Aufenthalten, insofern letztgenannte ihr Einverständnis gegeben haben und kein öffentliches Interesse betroffen ist.

Vorgehen

Der Kanton:

- a) bezeichnet in enger Koordination und Abstimmung mit den Gemeinden die geeigneten Standorte für die Erstellung von Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende;
- b) analysiert in Koordination mit dem Bund die Möglichkeit, ehemalige Militärgelände für die Errichtung von Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende umzunutzen;
- c) sucht nach Gelegenheiten, die eine Synergie zwischen den Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende und anderen öffentlichen Infrastrukturen (z.B. Autobahnraststätten, Parkplätze) ermöglichen;
- d) informiert und sensibilisiert die Gemeinden in Zusammenarbeit mit den betroffenen Partnern bezüglich der Bedürfnisse der Fahrenden;
- e) arbeitet in Sachen Planung und Sicherheit im Zusammenhang mit der Thematik der Fahrenden mit den Nachbarkantonen zusammen;
- f) erarbeitet in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden ein Betriebsreglement, das die Rahmenbedingungen für die Aufnahme der Fahrenden auf den Stand- und Durchgangsplätzen festlegt.

Die Gemeinden:

- a) legen bei der Anpassung ihres Zonennutzungsplans eine geeignete Zone (Zone für öffentliche Bauten und Anlagen) für einen Stand bzw. Durchgangplatz für Fahrende fest und legen die diesbezüglichen Bestimmungen im kommunalen Bau- und Zonenreglement fest;
- b) informieren die Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Partnern über die Bedürfnisse der Fahrenden und sensibilisieren diese dafür;
- c) achten darauf, dass der spontane Aufenthalt von Fahrenden Gegenstand eines Bewilligungsverfahrens ist, nach Zustimmung des Bodeneigentümers oder –bewirtschafters;
- d) erarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Kanton ein Betriebsreglement, das die Rahmenbedingungen für die Aufnahme der Fahrenden auf den Stand- und Durchgangsplätzen festlegt.

Einzuhaltende Bedingungen für die Festsetzung

Die Projekte mit gewichtigen Auswirkungen auf Raum und Umwelt werden in der Kategorie «**Festsetzung**» klassiert, bevor die nachfolgenden Verfahren wie die Anpassung des Zonennutzungsplanes bzw. das Baube-

C.10 Standplätze für Fahrende

willigungsverfahren formell durchgeführt werden (öffentliche Auflage). Die Projekte von Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende können in der Kategorie «Festsetzung» klassiert werden, wenn ihm Rahmen der Koordination nachgewiesen wird, dass das Projekt die folgenden Bedingungen erfüllt:

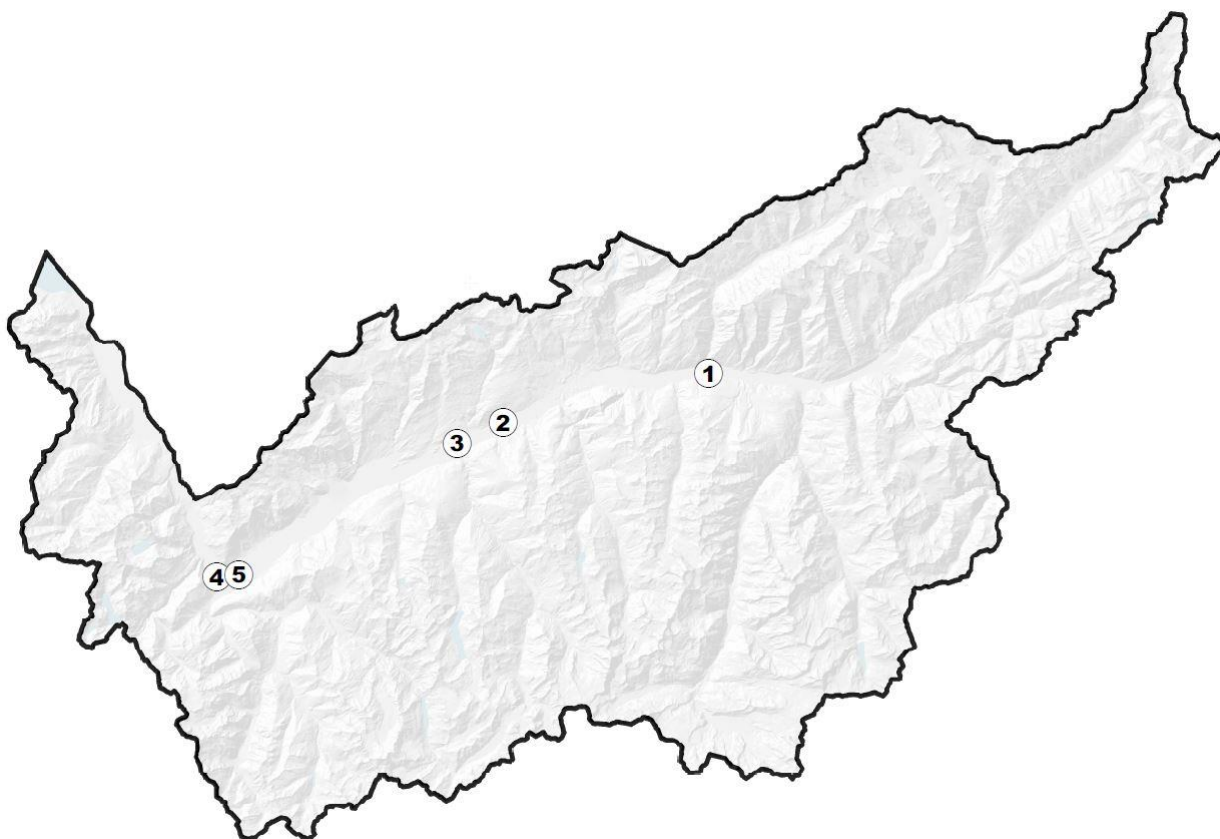
- I. der Stand- und Durchgangsplatz befindet sich in einer Gemeinde in der Rhonetaebene;
- II. das Potenzial für eine multifunktionale Nutzung des Stand- und Durchgangsplatzes wurde geprüft;
- III. der Stand- und Durchgangsplatz hat bezüglich der Verkehrsinfrastrukturen eine geeignete Lage (vorzugsweise in der Nähe einer aktuellen oder geplanten Autobahnausfahrt) und entspricht den Vorgaben des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes;
- IV. es ist nachgewiesen, dass der Stand- und Durchgangsplatz über eine geeignete Form und eine Gesamtfläche von mindestens 1'500 m² für einen Standplatz und mindestens 1'000 m² für einen Durchgangsplatz verfügt;
- V. die Voraussetzungen für die Realisierung der Basisinfrastrukturen (z.B. Trinkwasser- und Abwassernetz) sind gegeben;
- VI. potenzielle Konflikte mit der Raumplanung, der Landwirtschaft (z. B. Fruchtfolgeflächen), dem Wald, der Umwelt (z.B. Störfälle, Lärm, Gewässer), dem Natur- und Landschaftsschutz (z.B. BLN, IVS, ISOS, Biotope), dem Gewässerraum (inkl. Freiraum der Rhone), den Anlagen Dritter sowie mit den Naturgefahren sind identifiziert und nichts weist darauf hin, dass das Projekt zu bedeutenden Konflikten führt.

Dokumentation

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende, **Fahrende und Raumplanung – Stand 2010**, 2010

C.10 Standplätze für Fahrende

Anhang: Stand der Projekte von Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende (Stand am 31.12.2015)



Nr.	Gemeinde/ Region	Art des Stand- Durchgangs- platzes	Minimale Anzahl Stellplätze*	Minimaler Flächen- bedarf des Projekts (m ²)	Koordina- tionsstand	Datum des erläuternden Berichts
1	Oberwallis	Durchgangsort	10	1'000	Vororientie- rung	
2	Mittelwallis	Durchgangsort	10	1'000	Vororientie- rung	
3	Mittelwallis	Standplatz	10	1'500	Vororientie- rung	
4	Martigny	Durchgangsort	40	4'000	Festsetzung	
5	Martigny	Durchgangsort	55 (+30)	5'500 (+3'000 Puffer- zone)	Zwischener- gebnis	

* Fläche pro Familie zum Wohnen und Arbeiten auf einem Stand- oder Durchgangsort (Standplatz: ca. 150 m²; Durchgangsort: ca. 100 m²). Ein Stellplatz auf einem Durchgangsort muss genügend gross für einen Wohnwagen und einen Lieferwagen sein.